



Kreisverwaltung Bad Kreuznach

02.06.2022

- Pressestelle -

Tel.: 0671/803-1240 oder -1202
Fax: 0671/803-2202
E-Mail: presse@kreis-badkreuznach.de
Internet: www.kreis-badkreuznach.de

Pressemitteilung

Menschen, die seit Februar 2022 aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, werden – mit Ausnahme von Rentenempfängern – seit Anfang Juni durch das Jobcenter betreut. „Bislang waren die Sozialämter der Stadt Bad Kreuznach und der Verbandsgemeinden in leistungsrechtlichen Fragen der Ansprechpartner. Mit dem Wechsel zum Jobcenter ist nun sowohl die Leistungs- wie auch die Arbeitsvermittlung künftig in einer Hand“, erklärt Sozialdezernent Hans-Dirk Nies. Auch wenn der Wechsel des Rechtskreises aus dem Asylbewerberleistungsgesetz zum SGB II zunächst für die Geflüchteten eine Neuantragsstellung bedeutete, führe es doch die Belange nun gezielt zusammen. „Es war der konsequente Schritt des Bundes, hier weiter zu denken und den hier angekommenen Menschen so die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern“, so der Dezernent. Er sei besonders dankbar, dass für die Menschen der Übergang kaum spürbar gewesen sei. „Nach Rücksprache mit dem Jobcenter sind keine größeren Probleme aufgetaucht, die etwa zu einer ausgebliebenen Zahlung für die Menschen führten“, bemerkt Nies. Er sei sehr dankbar dafür, dass die Sozialämter und das Jobcenter auch bei dieser Herausforderung für die Verwaltungen in bewährter guter Form zusammengearbeiteten. „Der Wechsel des Rechtskreises bedeutet nicht nur für die betroffenen Menschen eine Herausforderung, einen neuen Antrag stellen und neue Ansprechpersonen in einer anderen Verwaltung aufsuchen zu müssen. Auch die Verwaltungen selbst müssen die logistische Herausforderung meistern, immerhin benötigen die Menschen zum Monatsanfang ihre Leistungen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können“, weiß Nies. Dies zu gewährleisten mache die gute Zusammenarbeit unabdingbar. Nur so sei es letztlich auch möglich, auch bei jenen, deren Anträge nicht rechtzeitig eingegangen sind, die pünktliche Leistungszahlung gewährleisten zu können. „Das klingt zunächst sehr einfach und ist es insbesondere bei einzelnen Fällen auch. Angesichts der Vielzahl von Fällen, die derzeit überführt werden müssen, kann jedoch immer mal etwas schiefgehen. Um dies zu vermeiden, ist die gute Abstimmung zwischen den Verwaltungen sehr wichtig. Ich bin überaus dankbar,

dass dies – im Sinne aller Menschen, die auf die Leistungen angewiesen sind - zwischen Jobcenter und Sozialämtern sehr gut läuft“, reflektiert der Dezernent.

Verteiler: Presse